№ 5492. Mittwoch, 9. Juni. 1869.

Morgen-Ausgabe der Danziger Zeitung.

n. **Berlin**, 27. Juni. Der Reichstag hat seine Arbeit gethan und kann mit Befriedigung auf dieselbe zurückblicken. Die Berathung der Gewerbeordnung war beinahe so mühsam wie die der Bundesverfassung, und wenn wie bei dieser auch nicht alle Forderungen erfüllt werden konnten, welche das deutsche Volk zu stellen berechtigt war, so wird doch immer viel Gutes dadurch erreicht werden, daß die in Preußen geltenden Grundsätze der Gewerbefreiheit zu allgemeinen erhoben, dem in vielen deutschen Staaten noch herrschenden Zunftwesen ein Ziel gesetzt und die Bahnen für die freie Innung der Zukunft gebrochen sind. Selbst bei uns kann durch die Befreiung des Hausirhandels von den bisherigen Beschränkungen für den Verkehr auf dem Lande viel erreicht und namentlich der Literatur und der Zeitungspresse genützt werden. Erst jetzt kann unsere Nationalliteratur und können volksthümliche Zeitschriften ungehemmt unter das Landvolk dringen und unser Buchhandel dadurch eine veränderte Gestalt gewinnen. Ein hiesiger Verleger hat eine Groschenausgabe der Werke Schillers, Göthes und Lessings veranstaltet. In den Städten fand sie durch Colportage viel Eingang, das Land war ihr aber in Preußen verschlossen, während sie massenhaft in — Oesterreich Absatz fand, wo der Hausirhandel nicht beschränkt ist. Dies Beispiel ist lehrreich und kann unsern Buchhändlern zeigen, wie groß ihre Aussichten auf den Absatz nationaler Werke sind. Sie werden sich bald darauf einrichten müssen. Es erklärt sich aus diesem Umstande auch wohl, daß die Buchhändler ein so großes Interesse an der Gewerbeordnung nehmen. Nicht weniger als 21 Ausgaben derselben sind in dem Buchhändler-Börsenblatt angezeigt. Der Abdruck der stenographischen Berichte wird wohl wenig Absatz finden, da er über 100 Bogen stark und deshalb zu theuer ist, um von dem größeren Publikum beachtet zu werden. Er wird aber doch später ins Gewicht fallen, da sich erwarten läßt, daß an der Gewerbeordnung im nächsten Jahre noch viel geändert werden wird. Mit gleicher Zufriedenheit kann der Reichstag auf seine Bestrebungen für die Errichtung eines Bundes-Finanz-Ministeriums und seine Zurückweisung der Steuererhöhungsvorlagen des Hrn. v. d. Heydt blicken. Es ist damit die Bahn zu der Reform eröffnet, welcher der norddeutsche Bund bedarf, um einen festen Bestand zu gewinnen, und Preußen die Erleichterung seiner Steuerlast zu verschaffen, die es von seinem jetzigen Deficit zu befreien hat. Wie in Frankreich, Oesterreich, Italien und Rußland das Deficit der Wendepunkt für ihre innere Politik wurde, wird sich dies auch bei uns erfüllen, und es kann dies um so leichter erfüllen, als es ja nur der Aufstellung eines rationellen Finanzsystems bedarf, das Harmonie in die verschiedenen Etats bringt. Daß wir davon jetzt noch ziemlich weit entfernt sind, geht aus der Rede des Geh. Rath Wagener hervor, in der sich die Stimmung der dem Grafen Bismarck nahestehenden Kreise abspiegelt. Er macht es der Finanzverwaltung zum bittern Vorwurf, daß sie sich auf die Nationalliberalen verlassen hat, hofft jedoch, daß die HH. v. Bennigsen und Miquel sich bekehren und dazu verstehen werden, im preußischen Landtage so viel Steuererhöhungen zu bewilligen, als zur Deckung des Deficits erforderlich sind. Danach zu urtheilen würde man bei dem alten System beharren wollen, und man hört denn auch wirklich, daß sich Hr. v. d. Heydt in seiner alten Gemüthsruhe über die erlittene Niederlage hinwegsetzt und damit tröstet, daß er Alles gethan habe, was Graf Bismarck verlangt hat. Damit kann sich dieser aber unmöglich beruhigen. Hrn. Wagener ist durch Hrn. v. Forckenbeck sehr deutlich erklärt worden, daß er mit seinem machiavellistischen Plan, die nationalliberale Partei zu theilen und dadurch zu lähmen, gescheitert ist. Die Vertreter der neuen Provinzen werden sich nicht von den aus der Fortschrittspartei hervorgegangenen Mitgliedern der Fraction trennen, sondern schärfer als je zusammenhalten, da es sich jetzt darum handelt, eine große in sich einige und dadurch starke Opposition zu bilden, welche den Grafen Bismarck zu Concessionen in der Finanzfrage nöthigt und durch sie auch den Wechsel in dem preußischen Ministerium hervorruft, nach dem er sich längst sehnt. Er hat es ja selbst im Reichstage gesagt, wie schlecht die 8 Mühlsteine mahlen, weil sie zu hart sind. Es ist zu wenig prinzipielle Bildung und zu viel Büreaukratie in diesem conservativen Ministerium, das mit dem Grafen Bismarck nicht fortzugehen vermag. Weder Herr v. d. Heydt, noch Graf Eulenburg und Hr. v. Mühler passen zu ihm. Daß Graf Bismarck von der Schädlichkeit der Begünstigung der alten pietistischen Partei in Hannover und Kurhessen überzeugt ist, pflegt er rückhaltlos zu Abgeordneten zu äußern. Es wird daher auch wohl einmal ein Zeitpunkt eintreten, wo Graf Bismarck sich veranlaßt sieht, diese Ansicht in dem Staatsministerium auszusprechen. Ohne die Stütze der liberalen Fractionen kann die deutsche Politik Preußens nicht durchgeführt werden, und da der Bundeskanzler in der Finanzfrage auch die Mehrzahl der Conservativen gegen sich hat, ist ihm gar keine Wahl gelassen. Was Herr Wagener gegen die Nationalliberalen vorbrachte, daß sie danach strebten, sich durch die Verweigerung aller Steuererhöhungen freie Hand für das Jahr 1871 in Bezug auf das Militärbudget des Bundes zu behalten, ist sehr richtig und bildet das größte Lob für die Tactik der Partei. Sie würde ihre Pflicht gegen das Land verabsäumen, wenn sie jetzt Hals über Kopf alle Steuerhöhungen bewilligte, ehe noch einmal festgestellt ist, ob sich das Deficit nicht in Preußen beseitigen läßt, und ehe der preußische Landtag über die Mittel entschieden hat, die sich auffinden lassen, wenn das Deficit nicht fortzubringen ist. Nur wenn die Landesvertretungen die Hand auf den Geldbeutel halten, können sie von den Regierungen gründliche Zugeständnisse für innere Reformen erlangen. Daß ein solcher Zeitpunkt bei uns eingetreten ist, muß die Kreuzzeitungspartei freilich mit stiller Wuth erfüllen. Die Tage ihres Einflusses sind gezählt. Dem Zollparlament wird von der liberalen Presse mit Recht der Rath ertheilt, die Frage der Zuckerbesteuerung getrennt von den übrigen Vorlagen zur Revision des Zollvereinstarifs zu behandeln. Für die gründliche Reform des letztern ist jetzt noch keine Aussicht, aber für die Zuckerbesteuerung läßt sich ein wichtiger Fortschritt erkämpfen, wenn man mit einigen Modificationen, namentlich der Herabsetzung der Steuer für Syrup auf die Vorlage der Bundesregierung eingeht. Da wir Hrn. v. d. Heydt durch Zucker und Syrup sein vielleicht jetzt recht bitteres Ministerleben versüßen können, wollen wir uns dazu gern verstehen, weil außer der Staatskasse auch die unsrige einen Vortheil davon haben wird. Die Berathungen des Zollparlaments werden sich, wie man glaubt, nicht über den Juni hinausdehnen. Die Reise des Königs nach dem Jahdehafen und Bremen gilt für aufgegeben. Die Aerzte sind dagegen und wünschen, daß der König sobald als möglich in's Bad gehe. Es war von Karlsbad die Rede, aber dahin wird sich der König der politischen Verhältnisse wegen nicht begeben wollen und so wird es wohl bei der Wiederholung der Kur in Ems bleiben.

BAC. [Das Bier in Oberhessen.] Die Bundespolitik des darmhessischen Gesammtstaates dreht sich wesentlich um Tranksteuern. Man erinnere sich an die von Bamberger angeregte Weinsteuer-Debatte im ersten Zollparlament und die Zurechtweisung, welche bei dieser Gelegenheit der hessische Bundesrath dem Bundeskanzler zu quittiren hatte. Das Benehmen des Legationsraths Hofmann bei der Debatte über den Hagen'schen Antrag, welches ihm die unerwünschten Bravos der Fortschrittspartei zuzog, war die verspätete Antwort auf jene Niederlage. Es ist nicht die Schuld der nationalen Partei, wenn seitdem der Particularismus dergestalt Oberwasser bekommen hat. Bei der Biersteuer macht sich derselbe particularistische Standpunkt, durch denselben Vertreter, geltend, indem derselbe Herr, der sonst alle Taschen voll Instructionen hat, diesmal einer unverkennbar gerechten Forderung gegenüber, auf die er wohl vorbereitet sein mußte, „ohne alle Instruction" war. Die Sache nämlich verhält sich ungefähr so, daß die darmhessische Regierung vor Jahr und Tag ihre geringere Branntweinsteuer mit Vergnügen für die höhere des Bundes aufgab, dagegen ihrer Verpflichtung zur Einführung der norddeutschen Biersteuer sich bisher zu entziehen verstand, weil ihre Kesselsteuer ihr etwa 100,000 Fl. mehr einbrachte als unsere Braumalzsteuer. Daß die oberhessischen Brauereien bei dem bevorstehenden Wegfall der Uebergangsabgaben die Concurrenz der sie umgebenden preußischen Brauereien (Oberhessen bildet eine allseitig von preußischem Gebiete umschlossene Enklave) nicht aushalten können. Darauf hat das Ministerium Dalwigk bisher sein Augenmerk noch nicht gerichtet. Es schlachtet die Henne, welche ihm die goldenen Eier legt. Der Antrag des Grafen Solms-Laubach war also ganz correct; minder correct war es aber, daß dieser Reichstags-Abgeordnete vorher für die Erhöhung der Braumalzsteuer gestimmt hatte, um seine hessischen Brauereien vor der Concurrenz zu retten. Er hat also augenscheinlich einem Lokal-Interesse das allgemeine Interesse geopfert und damit die Pflicht des Volksvertreters verabsäumt.

BAC. [Der Radicalismus in Frankreich.] Es steht fest, daß die momentanen Erfolge des rohen Radicalismus, welcher in mehreren Wahlbezirken der Hauptstadt flüchtige Triumphe feiert, viel weniger zur Gefährdung oder gar Erschütterung des napoleonischen Regierungssystems beizutragen vermögen, als es eine geschlossene gemäßigt liberale Partei, welche den ganzen Bürgerstand hinter sich hätte, zu thun im Stande wäre. Was können die Herren Bancel, Gambetta, Raspail mehr, als den Tiers-parti zu versöhnlichen Schritten, ja zu Compromissen mit dem Kaiserthum treiben. Ihre wilde Beredsamkeit wird nach einigen Sitzungen völlig verpufft sein. Es ist übrigens wohl zu bemerken, daß die genannten Radicalen zur rein republikanischen Partei gehören und nicht zu irgend einer socialistischen Sekte. Sie sind Vertreter des Clubs und des Quartier Latin und nicht des Arbeiterstandes. Der Socialismus ist todt in Frankreich, getödtet durch Napoleons Protection desselben. Außer der abstract politischen Formel vertreten die Radicalen in Frankreich gegenwärtig keinen Gedanken, am wenigsten einen fruchtbringenden, neuen, in den Massen lebendigen Gedanken. Uns kann es recht sein, daß sie die Chauvinisten verdrängt haben; um mit ihnen auszukommen braucht Napoleon noch weniger einen Krieg zu führen. Mehr als je ist ihm der Ausweg geboten, durch mäßige Reformen sich einen festen Anhang im Lande zu bilden.

Aus Mitteldeutschland, 3. Juni. Man fürchtet in Rom, daß in dem Concil sich sehr unliebsame Stimmen für Abstellung von Mißbräuchen in der katholischen Kirche und für Veränderungen, selbst für Abschaffung des Cölibats, vernehmen lassen möchten. Für die Abschaffung des Cölibats sollen sich namentlich in Frankreich und in Ungarn, aber auch in Deutschland, gewichtige Stimmen, selbst im Clerus, schon vernehmen lassen. In der Provinz Posen lebt übrigens mit Erlaubniß des Papstes bereits seit Jahren ein katholischer Priester in der Ehe, aus welcher er zwei Kinder besitzt, und steht in großer Achtung bei seiner Gemeinde. Er stand früher in Schlesien, trat da zur deutsch-katholischen Kirche über, heirathete, wünschte aber nach einiger Zeit wieder in den Schooß der römisch-katholischen Kirche und in ein Pfarramt derselben zurückzutreten, ging deshalb selbst nach Rom zum Papste und erlangte die Wiederaufnahme und Wiederanstellung, jedoch in einer anderen Provinz, und die Erlaubniß, Weib und Kinder bei sich zu behalten.

Oesterreich. Wien. [Selbstmord.] Großes Aufsehen erregt hier der Selbstmord, den das Verwaltungsraths-Mitglied der Creditanstalt, Banquier Biedermann, an sich verübte. Derselbe hat sich, aus einer Verwaltungsraths-Sitzung kommend, nachdem er noch auf dem Heimwege für eine halbe Stunde die Börse besuchte, mit einem Pistolenschusse entleibt. Ueber die Motive der That herrscht noch vollständiges Dunkel; sie auf Melancholie zurückzuführen, wie man dies versucht, hält schwer, da Hr. Biedermann als ein lebenslustiger Mann bekannt war. Er war der Chef eines unserer angesehensten Bankhäuser.

Schweiz. Bern. [Neues Civilgesetzbuch. Civilehe.] In der so eben beendigten Frühlings-Session des Berner Großen Rathes sind auch die Grundsätze für das neue Civilgesetzbuch des Kantons berathen worden. Von den gefaßten Beschlüssen sind namentlich zu notiren: die Uebertragung der Civilstands-Register an bürgerliche Beamte und die Einführung der Civilehe als obligatorisch, womit sich der Kanton Bern der Trennung von Kirche und Staat bedeutend genähert hat.

England. London. [Opposition im Herrenhause.] Die „Times" erwähnt das Gerücht von dem Entschlusse der Oberhaus-Opposition, bei der zweiten Lesung der irischen Kirchenbill deren Verwerfung zu beantragen. Die Gründe sind gewichtig genug, um die Opposition zum ernsten Nachdenken zu stimmen, und deshalb ist jenem Gerüchte nicht unbedingt Glauben beizumessen, obwohl es von Neuem auftritt. Entscheidende Beschlüsse werden muthmaßlich erst morgen gefaßt werden, wo eine neue große Berathung von oppositionellen Lords Statt findet.

London. [Eine Klage gegen frühere Minister] von dem frühern Unterhausmitglied für Ipswich, Rigby Wason, gegen den Grafen Russell, Lord Chelmsford (Lordkanzler unter Derby) und den Oberrichter beim Schatzkammergericht, Lord Chief Baron nimmt ungewöhnliches Interesse in Anspruch. Der letztere wurde 1867 von dem Kläger bei einer Petition an das Oberhaus beschuldigt, in seiner frühern Stellung als Advocat vor einem Untersuchungsausschusse des Unterhauses wissentlich eine Unwahrheit ausgesagt zu haben. Diese Petition wurde dem Grafen Russell zur Einreichung übergeben. Die jetzige Anklage besagt, daß Graf Russell, Lord Chelmsford und der Oberrichter des Schatzkammergerichts sich mit einander in gesetzwidrige Verbindung setzten, um den Lauf des Gesetzes zu hemmen, indem sie wissentlich falsche Angaben machten, den Petenten einen Verleumder nannten und so die Ablehnung der Petition veranlaßten. Der Richter verwies den Kläger mit dieser Anklage vor ein Geschwornengericht.

Frankreich. [Ueber die der Regierung zugeschriebenen Reformen] äußert der Moniteur Universel: Der Kaiser wird das parlamentarische Regime nicht einführen; man geht selbst noch weiter und behauptet, daß er an dem Wortlaute der Constitution nichts ändern wird. Damit aber ist nicht gesagt, daß er nicht bedeutende Veränderungen in den Gerechtsamen der gesetzgebenden Gewalt vornehmen will. Heute sind die Minister nicht verantwortlich; man scheint nun keinen Uebelstand darin zu erblicken, ihnen künftig für die Praxis eine rein persönliche Verantwortlichkeit zuzuerkennen. Man glaubt auch, daß die Votirung des Budgets nach Artikeln zu den Fortschritten gehört, welche die neue Kammer wird verwirklichen können. Endlich soll die gegenwärtige Vertheilung der Budgets vereinfacht werden. Dies kann nach unserer Ansicht nur dazu beitragen, die parlamentarische Controle bezüglich der Finanzen wirksamer zu machen.

Italien. Rom. [General Dumont] beabsichtigt, wie man sagt, den französischen Dienst zu quittiren und als Generalissimus an die Spitze der päpstlichen Armee zu treten. Zu gleicher Zeit heißt es, die Räumung des Kirchenstaats seitens der französischen Truppen werde um Mitte Juni erfolgen; doch hält die „Kreuz-Ztg." diesen Zeitpunkt für verfrüht.

Spanien. [Für die Festlichkeiten], welche die Verkündigung der Verfassungs-Urkunde begleiten sollen, sind drei Tage angesetzt. Am ersten wird ein Te Deum gesungen werden, welchem die Abgeordneten, die hohen Beamten, die Officiere der Besatzung und der Freiwilligen beiwohnen; am zweiten geschieht die Enthüllung der Denksäule Mendizabals, des ehemaligen Finanzministers; auf den dritten Tag ist die Einweihung des Pantheons für Spaniens große Männer anberaumt. Die Errichtung dieser Ruhmeshalle ist schon unter Isabella vorgeschlagen, aber erst jetzt in Ausführung gebracht worden. Zu der bevorstehenden Feier sollen die Ueberreste vieler Berühmtheiten nach Madrid gebracht werden. Die Aufnahme in das Pantheon kann erst fünfzig Jahre nach dem Tode des Betreffenden erfolgen, „damit der Wahrspruch sich auf ein abgeklärtes Urtheil der Geschichte stützen könne". Während die Verfassung unter festlichem Jubel eingeführt werden soll, ist man auf anderer Seite schon mit der Ausarbeitung eines neuen Staatsgrundgesetzes beschäftigt. Die Republikaner glauben sich nämlich ihrem Ziele so nahe, daß ihr Landesausschuß (das Comite nacional republicano) sich an die Berathung einer der bundesstaatlichen Form entsprechenden neuen Gebietseintheilung, Verfassung und Finanzwirthschaft gemacht hat.

Amerika. New-York. Der Generalanwalt der Vereinigten Staaten soll sich dahin geäußert haben, das Kabel der französischen Telegraphen-Compagnie könne seiner Ansicht nach nicht ohne die Zustimmung des Congresses in dem Gebiete der Vereinigten Staaten gelandet werden.

Danzig, den 9. Juni.

• [Stadtverordneten-Sitzung am 8. Juni.] Vorsitzender Hr. Commerzienrath Bischoff, Vertreter des Magistrats die HH. Bürgermeister Dr. Linz, Stadträthe Strauß und Hirsch. Der von Hrn. Stattmiller nachgesuchte zweimonatliche Urlaub wird bewilligt. — Hr. A. van der See macht das Anerbieten, für den am Kohlenmarkt belegenen Platz, auf welchem der Dominiks-Utensilienschuppen steht, die Summe von 3300 Rt. zu zahlen und auf das Eigenthumsrecht des 6 Fuß breiten Terrainstreifens zu verzichten. Die Versammlung entscheidet sich dafür, das Resultat der Behufs Verkaufs dieses Grundstücks ausgeschriebenen Licitation abzuwarten. — Die Petition des Einwohners Dogge, einen von ihm noch zu zahlenden Kaufschoßrest niederzuschlagen, wird dem Magistrat überwiesen. — Magistrat ersucht um Bewilligung von 120 Rt. zur üblichen Feier des Johannisfestes und um die Wahl des dasselbe arrangirenden Ausschusses. Hr. Schirmacher erwähnt hierbei des seit Jahren von dem betreffenden Ausschusse beliebten Verfahrens, außer der von der Versammlung jedes Jahr bewilligten Summe noch die durch Verpachtung von Plätzen erzielten Beträge zur Verwendung zu stellen, und die etwaigen Ueberschüsse durch Anlegung eines Sparkassenbuches für das nächste Jahr zu reserviren. Er wünscht, daß dieser Gebrauch aufhöre und der Versammlung spezielle Rechnung über Einnahme und Ausgabe vorgelegt werde. Die Herren Bertram, Hybbeneth und Biber sprechen für Beibehaltung des bisherigen Verfahrens, da die zur Disposition gestellte Summe den Kosten, die das Fest verursache, nicht angemessen sei. Herr Breitenbach bezeichnet das Verfahren als unzulässig; Hr. Dr. Linz erklärt, daß dem Magistrat davon nichts bekannt sei und es gegen die Principien der Verwaltung verstoße, in solcher Weise über eingehende Gelder zu verfügen. Es müsse die Frage gestellt werden: wie viel will die Versammlung für das Fest anwenden? was nimmt sie dafür ein? So viel erfahrungsgemäß für die Arrangements gebraucht werde, möge bewilligt werden, die Einnahmen aber müßten zur Kämmereikasse fließen. Die Versammlung entscheidet sich für den Antrag des Hrn. Justizrath Breitenbach: für das Johannisfest dem Ausschusse 275 Rt. zur Disposition zu stellen und demselben die Verpflichtung aufzuerlegen, sämmtliche Einnahmen an Pacht &c. zur Kämmereikasse abzuliefern. Als Mitglieder des Festausschusses werden ernannt die HH. Bertram, Hybbeneth, Bretzell und Steffens. — Die zur Arrondirung des Hofplatzes der alten Petrischule angekauften Gebäude an der Lastadie und am Pumpengange sind zum Abbruch ausgeboten worden und hat Hr. Rentier Vogel die höchsten Gebote für dieselben abgegeben und zwar 70 Rt. resp. 100 Rt. Magistrat wünscht, daß die Ertheilung des Zuschlags genehmigt werde. Dies geschieht. — Die Baudeputation hat vorgeschlagen, in diesem Jahre auf folgende Strecken Trottoirs zu verlegen: 1) die Faulengasse, östliche Seite, 2) die Pfefferstadt, westliche Seite, 3) Kassubscher Markt, westliche Seite, 4) Poggenpfuhl, westliche Seite, 5) Vorstädtischer Graben, nördliche Seite, von der Reitbahn bis zur Ankerschmiedegasse, so wie auf der schon im vorigen Jahre disponirten, noch nicht ausgeführten Strecke, 6) Lastadie, in dem noch rückständigen Theil am Buttermarkt bis zum Vorstädtischen Graben, westliche Seite, 7) zwischen Grünen Thor und Grüne Brücke, südliche Seite, 8) Langgarten nördliche Seite, vom Oekonomiegebäude bis zum Thore und von den Vorbauten ab bis zur Kirche, 9) Mattenbuden Häuserseite von Langgarten bis zur Reitergasse. Magistrat

unterstützt den Vorschlag der Baudeputation und die Versammlung erhebt denselben zum Beschluß. — Hr. Damme stellt folgenden Antrag: „Die Stadtverordneten-Versammlung wolle den Magistrat um Erwägung und baldige Aeußerung darüber ersuchen: ob die jetzt üblichen eisernen Durchlässe zwischen den Trottoirs auch für die Folge beizubehalten oder durch Einpflasterung der erforderlichen Rinnen zu ersetzen seien. Motive: Die eisernen Rinnen entsprechen ihrem Zweck, das Wasser schnell abzuführen, erfahrungsgemäß nicht, da sie überall verstopft sind und ihre Reinhaltung anscheinend zu große Schwierigkeiten bietet. Daß eine Einpflasterung der Rinne genügt, beweist das Beispiel der Matzkauschen Gasse, wo keinerlei Uebelstände aus dem Mangel der eisernen Rinnen hervorgetreten sind. Die eisernen Rinnen kosten alljährlich ca. 270—280 Thlr. Der Antrag wird dem Magistrat zur Erwägung überwiesen. — Für den Abbruch der Vorgebäude an den Grundstücken 3. Damm No. 11 und 4. Damm No. 12 resp. eine Beihilfe dazu, werden an den Tischlermeister Kanthak baar 80 Thlr. und die Uebernahme der antheiligen Troittoirkosten mit 30 Thlr. 15 Sgr. 6 Pf. bewilligt; in gleicher Weise an den Eigenthümer Erban für den Abbruch des Beischlags und der Freitreppe an dem Grundstücke Töpfergasse 2 baar 25 Thlr. und kostenfreie Trottoirlegung (23 Thlr. 13 Sgr. 6 Pf.). — Der Gutsbesitzer Boelke in Czappeln hat sich erboten, Bernsteingräbereien in der Nehrung'schen Forst zu eröffnen. In jedem Jagen, in welchem er die Flächen zur Bernsteingewinnung angraben läßt, nimmt er mindestens 1 Morgen in Pacht oder zahlt wenigstens den Pachtzins von 400 Thlr. dafür. Der vorgelegte Vertrag wird genehmigt. — Die in dem zum Kinderdepot bestimmten, der Commune gehörigen Hause hinterm Lazareth 13 vorhandenen beiden Oberwohnungen werden an die bisherigen Miether Albrecht und Reinisch vom 1. Oct. c. ab auf 2 weitere Jahre vermiethet. — Die Vermiethung mehrerer Plätze zu Petershagen an der Radaune gegen 2 Thlr. 5 Sgr. jährliche Miethe wird genehmigt; ebenso die Verpachtung der Fischereinutzung in der Roswoyka an den Fischer Tiede in Heubude auf 6 Jahre gegen 60 Thlr. jährlichen Pachtzins und die Verpachtung der Grasnutzung auf dem Cholerakirchhofe auf Stolzenberg an den Einwohner Pahnke in Schidlitz gegen einen jährlichen Zins von 3 Thlr. 15 Sgr. — Die Versammlung genehmigt, daß der Pachtzins für die Parcelle No. 34/35 des Kämmereilandes bei Neufahrwasser mit 13 Thlr. 10 Sgr. jährlich pro 1869 u. s. w. als niedergeschlagen in Abzug gestellt werde; ebenso werden für eine zur Eisenbahn eingezogene Fläche 18 Thlr. 24 Sgr. 8 Pf. bei dem Witt'schen Pachtzinse pro 1867—69 vom Etat abgesetzt. Der Pächter Witt hatte außerdem zur Zeit, als die Absteckung der Bahn durch das Witt'sche Pachtland ging, das letztere mit Roggen und Rübsen besäet. Für Beschädigung der Saaten liquidirt er 165 Thlr. Die Absetzungen von resp. 13 Thlr. 10 Sgr. und 18 Thlr. 24 Sgr. 8 Pf. und die Entschädigungssumme von 165 Thlr. werden bewilligt. — Nachdem im April c. die auf dem Grundstücke Schneidemühle No. 1 belegene Mühle abgebrannt ist, glaubt Magistrat diese Gelegenheit benutzen zu müssen, um durch den Ankauf dieses Grundstücks eine Verbesserung der Passage herbeizuführen. Nach den mit dem Eigenthümer Jantzen gepflogenen Verhandlungen würde die Stadt für den Preis von 1600 Thlr. und unter Zurechnung und Capitalisirung des Canons 2600 Thlr., nicht blos das eigentliche Mühlengrundstück, sondern auch die beiden daneben gelegenen Plätze an der Radaune erwerben. Es würden dadurch die Streitigkeiten vermieden, in welchen Magistrat sich schon seit lange mit dem Besitzer dieser Plätze wegen ihrer Benutzung bei der Radaunenreinigung befindet. Ein Theil des Grundstücks soll als Lager- und Bauplatz der unmittelbar oberhalb liegenden städtischen Mühle zugeschlagen werden. Der Ankauf des Grundstücks zu der bezeichneten Summe wird nach kurzer Debatte genehmigt. — Zur Sicherung der Anlagen, welche zur Fassung der Quellen im Prangenauer und Ostroschker Thal ausgeführt sind, ist es erforderlich, daß die Stadt die Landstreifen erwirbt, welche zwischen den Wasserstuben und den Kuppeln liegen und unter welchen sich die Hauptsammelcanäle befinden. Die Wasserstuben müssen stets zugänglich sein und also auch die Landstreifen zwischen ihn begangen werden können. Ferner muß das Land, auf welchem die Hauptwasserstube, so wie die in den beiden Thälern angelegten Brunnen sich befinden und die Wege zu diesen Brunnen und zu den Wasserstuben erworben werden. Der Flächenraum des gesammten hiernach zu erwerbenden Landes beträgt zwischen 2 und 3 Morgen. Mit den betreffenden Eigenthümern ist darüber bereits verhandelt und der Preis durchweg nach dem Satze von 300 Thlr. pro preußisch Morgen berechnet worden. Die Versammlung giebt zu dem Abschlusse der Verträge ihre Zustimmung. — An der katholischen Schule in Altschottland ist die Einrichtung einer 2. Klasse Bedürfniß geworden, da gegen 136 schulpflichtige Kinder vorhanden sind und nur für 70 Kinder Raum ist. Ein geeignetes Local ist im Hause Nr. 97b gefunden worden, für das monatlich 8 Thlr. Miethe zu zahlen ist. Für Herstellung der Schulutensilien ist die Summe von 65 Thlr. erforderlich. Die Versammlung giebt ihre Zustimmung zur Einrichtung der zweiten Klasse und bewilligt die dazu nöthigen Beträge, nachdem Herr Thiel bestätigt und nachgewiesen hat, daß eine große Zahl Kinder wegen Mangels an Raum zurückgewiesen werden mußte. — In Folge einer Beschwerde des Herrn Justizrath Walter, als Besitzer des neben dem Polizeigeschäftshause belegenen Grundstücks, mußte im Laufe des vergangenen Jahres eine Räumung der unter dem Seitengebäude des Polizeigeschäftshauses befindlich gewesenen sehr umfangreichen Cloakgrube und demnächst eine Reconstruction der über dieser Grube stehenden schadhaften Giebelmauer vorgenommen werden. Diese Arbeiten, sowie die sonstige Unterhaltung und Instandsetzung der Gebäude und Räume der Königl. Polizei-Verwaltung haben einen Kostenaufwand von 551 Thlr. 12 Sgr. 1 Pf. verursacht, der nach Abzug des von Hrn. Walter eingezahlten Kostenantheils für Reparatur eines gemeinschaftlichen Theils der Brandmauer (25 Thlr. 4 Sgr. 1 Pf.) sich auf 526 Thlr. 8 Sgr. reduzirt. (Die Räumung und Verfüllung der Cloakgrube und die Ausführung der Maurerarbeiten an der Brand- und Giebelmauer hiervon haben ca. 225 Thlr. gekostet.) Die verlangte Summe wird bewilligt.

* Wir haben schon öfter an dieser Stelle auf die Fahrlässigkeit der Fuhrleute wie auf die Unachtsamkeit der Eltern, welche ihre Kinder ohne Aufsicht auf die Straße gehen lassen, aufmerksam gemacht und haben dazu heute wieder durch das Ueberfahren eines Kindes in der Fleischergasse Veranlassung. In vorliegendem Falle wäre das Unglück zu verhüten gewesen, wenn der Droschkenführer achtsamer gewesen wäre.

Börsen-Depesche der Danziger Zeitung.

Berlin, 8. Juni. Aufgegeben 2 Uhr 30 Min.
Angekommen in Danzig 6 Uhr.

		Letzter Crs.			Letzter Crs.
Weizen, Juni . .	62¾	62¾	3½% ostpr. Pfandb.	73⅜	73 4/8
Roggen fester,			3½% westpr. do.	71	71 3/8
Regulirungspreis	54¼	53½	4% do. do.	80 5/8	80 6/8
Juni	54⅛	54	Lombarden . . .	140 4/8	139 7/8
Juli-August . .	51⅞	51¼	Lomb.Prior.-Ob.	239 4/8	239
Rüböl	11 1/12	11 1/12	Oestr.Nation.-Anl.	57 4/8	57⅜
Spiritus matter,			Oestr. Banknoten	82 5/8	82 6/8
Juni	17 1/12	17⅜	Russ. Banknoten.	78 3/8	78 2/8
Juli-August . .	17¼	17 13/24	Amerikaner . . .	87 4/8	87 3/8
5% Pr. Anleihe .	102½	102 3/8	Ital. Rente . . .	56 3/8	56 1/8
4½% do.	93 3/8	93⅜	Danz.Priv.-B.Act.	—	103 4/8
Staatsschuldsch. .	82 6/8	82 6/8	Wechselcours Lond.	6.24 6/8	6.21 6/8

Fondsbörse: fest.

Zuckerbericht.

Magdeburg, 5. Juni. (N.-Ztg.) Rohzucker. Gelbe erste Producte 10⅜—10⅞ Thlr., hellgelbe 11—11⅓ Thlr., blonde 11½—11⅞ Thlr., halbweiße 11⅞—12 Thlr., weiße —, centrifügte —, Crystallzucker 13¾—14¼ Thlr., Nachproducte 10—10½ Thlr. — Raffinirte Zucker. Extrafeine Raffinade incl. Faß —, ffein do. —, fein do. 15⅓—15⅙ Thlr., gemahlen do. 15—15¼ Thlr., fein Melis excl. Faß 14¾—14⅞ Thlr., mittel do. 14 5/12—14⅝ Thlr., ordinair do. 14¼—14⅜ Thlr., gemahlen do. incl. Faß 13⅛—14⅛ Thlr., Farin do. 11⅛—12⅜ Thlr.

Schiffs-Nachrichten.

Abgegangen nach Danzig: Von Burntisland, 1. Juni: Carl Gustav, Thiese; — von Sunderland, 3. Juni: Marie, Köster.

Angekommen von Danzig: In Helvoet, 5. Juni: Urania (SD.), Boncker; — in Dublin, 4. Juni: D. H. Dade, Reimer; — in West-Hartlepool, 2. Juni: Emma, Kuhrt; — in Hull, 3. Juni: Irwell (SD.), Lowery; — in London 5. Juni: Lovebird (SD.), Lietz.

Verantwortlicher Redacteur: H. Rickert in Danzig.

Eingesandt.

Wie wir hören, gehen einige von den hiesigen Lehrern mit dem Plane um, einen neuen Verein zu gründen. Ob dies dem Gedeihen des gesammten Lehrerstandes förderlich? ob dies eine zweckmäßige Bethätigung des Gemeingeistes ist? und ob es nicht vielmehr für die Gesammtheit ersprießlicher wäre, sich dem bestehenden Verein anzuschließen? Diese Fragen öffentlich zu erörtern, dürfte Pflicht eines Jeden sein, der es mit den Interessen des Lehrerstandes wohl meint. Wenn wir auch jede Regung des Gemeingeistes, welche die Vereinigung Gleiches Erstrebender bezweckt, mit Freuden begrüßen, so müssen wir doch von der Bildung eines Sonderbundes abrathen. Der Mensch muß, um etwas zu erreichen, sich mit seinen Nebenmenschen verbinden, je Mehr zusammenstehen, um so leichter sind die Hindernisse zu besiegen. Dies erkennen die Genossen anderer Berufsarten sehr wohl in den Orts- und Gewerkvereinen. Wohl giebt's noch gar Viele, die diesen neuen Vereinigungen fern stehen, aber wir haben noch nicht gehört, daß die Genossen eines Berufs sich in zwei Vereine spalten, die dann, weil sie auf widerstrebenden Principien beruhen, einander mit Nothwendigkeit bekämpfen müssen. Diese Folgen zu vermeiden, rathen wir daher dringend, von der Begründung eines neuen Vereins Abstand zu nehmen. Wir wollen zugeben, daß in dem bestehenden Verein Manches existirt, das sich überlebt hat; ja daß er namentlich in letzter Zeit eine unberechtigte Hegemonie über die Lehrer Danzig's auszuüben suchte, aber ihn deshalb ganz bei Seite schieben und das Gute, das er während seines dreißigjährigen Bestandes mit Aufwendung von ca. 3000 Thlr. gestiftet, vergessen zu wollen, dies würde keine echte Humanität, keine Pietät gegen die Begründer eines Vereins bekunden, dem es zu verdanken ist, daß zweitweise nicht alles Vorwärtsstreben unter den hiesigen Lehrern erstarb. Nicht das Bestehende unterwühlen, sondern das Alte reformiren, soll unsere Aufgabe sein. Daher schließt Euch an, die Ihr bisher ferne standet und stellt Eure Anträge auf Reform des Vereins. Und hättet Ihr Neuen nicht die Mehrzahl, so dürften unter den bisherigen Mitgliedern gewiß äußerst wenige sein, die sich der Einführung zweckmäßiger Reformen hartnäckig entgegenstemmen würden. Wir wissen, daß unter denjenigen Lehrern, welche dem Verein nicht angehören, viele tüchtige und strebsame sich befinden; wir wissen, daß gerade diejenigen, welche die Gründung eines besondern Vereins angeregt haben, zu den strebsamsten Danzigs gehören: sie für den Verein zu gewinnen, darum ist's daher ganz besonders zu thun. Der Vorstand hätte dann eine um so größere Auswahl unter denen, die sich bereit finden, durch Vorträge oder practische Lectionen für die Fortbildung der Vereinsgenossen zu wirken, die Aussicht, nur wirklich Gediegenes zu hören, würde sich vermehren und mit ihr auch in Wechselwirkung die Zahl der Mitglieder. Und ist's nicht für jeden Menschen, der thätig eingreift in die geistige Förderung seiner Mitmenschen erhebender, wenn er auf eine recht große Zahl einwirken kann? Aber auch in materieller Hinsicht bietet der bestehende Verein seinen Mitgliedern Vortheile, die der zu begründende nicht gewähren kann. Er stellt seinen Mitgliedern eine Bibliothek zur Verfügung, und besitzt incl. derselben ein Vermögen von ca. 600 Thlr. Er zählt bewährte Schulmänner zu seinen Mitgliedern, die im Vereinsleben gereift sind, und ihre Erfahrungen haben für die jüngeren Glieder noch größeren Werth als Bücher. Daher muß schon eigenes Interesse die Lehrer, welche überhaupt für Fortbildung incliniren, antreiben, sich dem bestehenden Lehrerverein anzuschließen. Also — kein Sonderbund, sondern durch Einigung zur Einigkeit, zur Einheit! E.

[Selonke's Etablissement.] Das jetzige Bühnenpersonal dieses Etablissements ist eins der besten, welches dasselbe je besessen hat, weshalb die Vorstellungen auch nicht verfehlen, den günstigsten Eindruck beim Publikum hervorzurufen. Von den beiden Komikern ist Herr Homann wohl der beliebteste, da er bereits im vorigen Sommer hier gastirt hat, und er sich den ungetheilten Beifall, welcher ihm schon damals reichlich gespendet worden, zu erhalten weiß. Herr Homann ist einer von den Komikern, welcher selbst die kleinste Rolle in einer Weise zum Vortrage bringt, welche das Publikum zum Beifall hinreißt, und leistet er namentlich als Characterdarsteller Vorzügliches. Ihm zur Seite steht der Komiker Herr Schneider, ebenfalls ein sehr tüchtiger Künstler, dessen Vorträge gleich denjenigen der sehr beliebten Soubrette Fräulein Sarninghausen mit großem Beifall aufgenommen werden. Gleich ausgezeichnet ist das Ballet. Hr. Balletmeister Röder ist einer der besten Tänzer, und zeichnen sich die von ihm und der Solotänzerin Fräulein Borchers zusammen ausgeführten Tänze durch die in denselben entwickelte Kunst sowohl, wie durch die äußerst eleganten und geschmackvollen Costüme aus. Die Solotänzerin Fräulein de la Croix ist schon lange erklärter Liebling des Publikums und entsprechen ihre Leistungen vollkommen dem Beifall, der ihr gespendet wird. Die Violin-Virtuosin Fräulein Jossen, welche für ein Gastspiel engagirt ist, leistet Vorzügliches auf ihrem Instrument, doch wird ihrem Spiel durch die ungünstigen Verhältnisse, denen solche Vorträge im Freien ausgesetzt sind, viel Abbruch gethan.

Abgang und Ankunft der Eisenbahnzüge.

* Eilzug
** Courierzug (1. und 2. Kl.) } von Dirschau ab.

Abgang nach	Berlin	*4,50 früh.,	11,41 Vormittags,	**6,57 Abends.
Ankunft von	Berlin	**9,49 Vormittags,	4,1 Nachmittags,	10,22 Abends.
Abgang nach	Königsberg	**7,54 früh,	11,41 Vormittags,	*7,26 Abends.
Ankunft von	Königsberg	*7,26 früh,	4,1 Nachmittags,	**9 Abends.

Danzig-Neufahrwasser.

		früh		Vorm.	Nachm.			Abds.	
Abgang von Danzig	Legethor	5,1.	7,41.	10,4.	1,16.	—	4,16.	—	—
Abgang von Danzig	Hohethor	5,15.	7,55.	10,18.	1,30.	2,30.	4,30.	8.	10.
Ankunft in Neufahrwasser . . .		5,27.	8,7.	10,30.	1,42.	2,42.	4,42.	8.12.	10,12.
Abgang von Neufahrwasser . .		6,45.	8,30.	11.	2,2.	3,50.	6,16.	8,45.	10,30.
Ankunft in Danzig	Hohethor	6,59.	8,44.	11,14.	2,14.	4,2.	6,30.	8,57.	10,44.
Ankunft in Danzig	Legethor	7,11.	8,56.	11,26.	—	—	6,42.	—	10,56.

Extrazüge an Sonntagen. { von Danzig (Hohethor) . — 3,20. — 5,30 / von Neufahrwasser . . . 2,57. — 5. — } Nachmittags.

Nothwendige Subhastation.

Die den Kaufmann **Simon** und **Rosalie** geb. **Falk-Eisenstädt**'schen Eheleuten gehörigen, in der Stadt Stuhm belegenen Grundstücke:

1) ein am Markte belegenes Haus nebst Stallgebäude, im Hypothekenbuche verzeichnet mit No. 238;
2) ein massives Malz- und Brauhaus nebst Kühlschiff und Mühlengebäude, im Hypothenbuch verzeichnet mit No. 218;
3) ein massiver Speicher, im Hypothekenbuche verzeichnet mit No. 237;

sollen

am 30. Juli cr.,
Vormittags 11 Uhr,

in Stuhm auf der Gerichtsstelle im Terminzimmer No. 1 im Wege der Zwangsvollstreckung versteigert, und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlags

am 10. August cr.,
Vormittags 10 Uhr,

in Stuhm auf der Gerichtsstelle verkündet werden.

Es beträgt das Gesammtmaaß der der Grundsteuer unterliegenden Flächen der Grundstücke 2,85 Pr. Morg., der jährlichen Nutzungswerth, nach welchem die Grundstücke zur Gebäudesteuer veranlagt sind, beträgt:

a) bei dem Wohnhause nebst Stall 200 Rℓ
b) „ der Brauerei . . . . . 250 „
c) „ dem Speicher . . . . . 200 „

Der die Grundstücke betreffende Auszug aus der Steuerrolle und die Hypothekenscheine können im Prozeßbüreau eingesehen werden.

Alle diejenigen, welche Eigenthum oder anderweitige, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekenbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Realrechte geltend zu machen haben, müssen dieselben zur Vermeidung der Präclusion spätestens im Versteigerungstermine anmelden.

Stuhm, den 1. Juni 1869.

Königl. Kreis-Gerichts-Deputation.
Der Subhastationsrichter. (2491)

Druck und Verlag von A. W. Kafemann in Danzig.